

Oktober 1999:



Alle reden von der Staatsverschuldung - wir nicht!

Wir reden vom ungeheuren Reichtum einiger Großbanken

Sie drängen ihrem Staat überschüssiges Kapital als Kredite auf, für die sie ungeheure Zinsen kassieren. Die Regierung der Berliner Republik verkauft diesen Raubzug der Banken unter dem Decknamen "Staatsschulden". Zum Wohle der Gläubigerbanken wurden dem Volk im letzten Jahr über 130 Milliarden Mark nur für Zinsen abgepreßt, das macht für jeden Werktätigen etwa 375.- Mark pro Monat. Die doppelte Summe wird zusätzlich für die Tilgung der Staatskredite aufgebracht, was das gesamte Lohnsteueraufkommen eines Jahres auffrißt. Die Folge: Es fehlen die notwendigen Gelder für den staatlichen Wohnungsbau und öffentliche Verkehrsmittel, für Kindergärten, Schulen und Gesundheitsfürsorge. Bahn, Post, Elektrizitätswerke etc. fallen unter den Privatisierungshammer und überall fliegen hunderttausende Arbeiter auf die Straße, anstatt gesamtgesellschaftlich nützliche Arbeit zu leisten. Es gibt für uns keinen Grund, mit 30-Milliarden-Sparprogrammen weitere Zinsgelüste der Banken und Monopolkapitalisten zu befriedigen. Der Kampf der Arbeiter kann nur heißen:

Keinen Pfennig für Schuld- und Zinstilgung!

Sofortige Aussetzung der Zinszahlungen des Staates an die Gläubigerbanken!

Keine weitere Mark für die Umverteilung des Nationaleinkommens an die Gläubiger